

## Deutsche Wirtschaft:

### Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühherbst 1971

Der längste Konjunkturzyklus der Nachkriegszeit — es ist der fünfte — geht allmählich seinem Ende entgegen. Er begann nach der Rezession im Frühsommer 1967 und brachte der Bundesrepublik einen bis dahin nicht gekannten Wirtschaftsaufschwung. Im Frühjahr 1970 wurde der Höhepunkt des Booms überschritten. Dieser Boom war so stark, daß die danach einsetzende konjunkturelle Abschwächung immer noch andauert, länger als von den meisten Konjunkturbeobachtern noch Ende 1970/Anfang 1971 erwartet wurde. Das damals befürchtete Abrutschen in eine Rezession ist bislang ausgeblieben. In den ersten Monaten dieses Jahres kam es vielmehr sogar zu einem konjunkturellen „Zwischenhoch“. Sondereinflüsse spielten dabei eine Rolle, wie der milde Winter, der eine lebhafte Bautätigkeit ermöglichte, das Ende der bis zum 31. 1. 1971 befristeten Aussetzung der degressiven Abschreibung und die Geldfülle infolge des Hereinströmens von Dollars bis zur Freigabe des D-Mark-Wechselkurses Anfang Mai 1971.

#### *Konjunktur kühlt sich weiter ab*

In den Sommermonaten haben sich die Abkühlungstendenzen jedoch wieder mehr durchgesetzt. Ob und inwieweit sie durch die unsichere internationale Währungssituation, insbesondere seit den wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen Präsident *Nixons* von Mitte August, verstärkt werden, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen<sup>1)</sup>. Voraussagen über die *ausländische Nachfrage* nach deutschen Erzeugnissen sind deshalb gegenwärtig besonders schwierig. Nachdem die Bestellfähigkeit ausländischer Firmen in der ersten Jahreshälfte lebhaft war, hat sie seit dem Sommer nachgelassen. Im zweiten Halbjahr werden voraussichtlich kaum noch nennenswerte Impulse aus dem Auslandsgeschäft auf die Konjunktur einwirken. Am stärksten kühlt allerdings, wie schon bisher im Jahresverlauf, der erhebliche Rückgang der *Investitionsbereitschaft* und der Investitionstätigkeit der Unternehmer die Konjunktur ab. Die stärkste Konjunkturstütze ist zur Zeit die *private Verbrauchsnachfrage*. Allerdings war sie in den letzten Monaten nicht mehr so lebhaft wie vor-

her, und im zweiten Halbjahr wird sie sich wahrscheinlich weiter abschwächen; der Höhepunkt der Verbrauchsnachfrage dürfte im Frühjahr überschritten worden sein. Immerhin wurde auf der Frankfurter Herbstmesse, die die Stimmung des Einzelhandels gut wiedergibt, die Verbrauchskonjunktur mindestens bis zum Jahresende optimistisch beurteilt; der Handel rechnet mit einem guten Herbst- und Weihnachtsgeschäft.

Wenn auch die Auftragseingänge sowohl aus dem Inland wie aus dem Ausland nachlassen, so besteht gegenwärtig aber noch kein Anlaß zur Beunruhigung für die nächsten Monate und kein ausreichender Grund, bereits jetzt auf einen expansiven Kurs in der Konjunkturpolitik umzuschalten. Dies um so weniger, als die Preiswelle noch nicht abgeflacht ist; sie wird in der derzeitigen Stärke wohl noch einige Monate weiterlaufen. Aber es ist notwendig, wachsam und auf einen raschen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik vorbereitet zu sein. Denn die Konjunktur ist labil, und für die Wintermonate Anfang nächsten Jahres lassen sich Rezessionsgefahren nicht ausschließen.

#### *Rückläufiges Auftragsvolumen*

Im Mai/Juni 1971 waren die Auftrags-eingänge bei den Industriefirmen wertmäßig um 5,5 vH höher als ein Jahr zuvor. Da aber in dieser Jahresfrist die Erzeugerpreise gestiegen sind, war das *Volumen* der bestellten Waren nur noch um 0,5 vH angestiegen. Aufgeteilt nach Inlands- und Auslandsbestellungen ergab sich folgendes Bild: Die Aufträge aus dem Inland übertrafen zwar den Stand vor Jahresfrist dem Werte nach um 4 vH, das Volumen war aber geringfügig niedriger als ein Jahr zuvor. Die Auslandsbestellungen stiegen vom Mai/Juni 1970 bis zum Mai/Juni 1971 wertmäßig um 11 vH, mengenmäßig um 6 vH an. Im Juli 1971 war dagegen das Volumen auch der Auslandsaufträge — um rund 3,5 vH — niedriger als vor Jahresfrist; dem Werte nach war noch ein Anstieg von 1,5 vH zu verzeichnen. Die Bestellungen inländischer Firmen waren im Juli 1971 auch dem Werte nach nicht mehr höher als ein Jahr zuvor; der volumenmäßige Rückgang macht fast 5 vH aus. Insgesamt stagnierte die Auftragsentwicklung im Juli; das Volumen der Auftragseingänge sank binnen Jahresfrist um etwa 4,5 vH.

#### *Auftragsbestände schmelzen*

Da im Juli die Industrie um 2,4 vH mehr produzierte als ein Jahr zuvor, nahmen die Auftragspolster der Industriefirmen weiterhin ab. Schon in der ersten Hälfte dieses Jahres sind die Auftragsbestände merklich geschmol-

1) Dieser Bericht wurde am 12. September 1971 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die Auftragslage und die Produktion der Industrie sowie über den Außenhandel nur bis zum Monat Juli 1971, über den Arbeitsmarkt und die Preise lediglich bis zum August 1971 vor.

zen. Der Auftragseingang in der Industrie stieg im 1. Halbjahr 1971 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum zwar noch wertmäßig um 3,6 vH an, das Volumen nahm aber um fast 1,5 vH ab. Dagegen lag das Produktionsvolumen um 2,7 vH über dem Vorjahrsniveau. Dementsprechend ging die Reichweite der Auftragsbestände zurück. Ende 1970 hätten allein die Auftragsbestände eine Produktion von knapp vier Monaten ermöglicht, Ende März 1971 von 3,8 Monaten, Ende Juni 1971 aber nur noch von 3,5 Monaten. Verglichen mit der Spitze im vorangegangenen Konjunkturzyklus — Juni 1965: 3,6 Monate — stellten die Auftragsbestände Mitte dieses Jahres allerdings noch eine beachtliche Konjunkturreserve dar. Anscheinend werden aber die Auftragsbestände von den Unternehmungen „nicht mehr so hoch angesehen, daß sie noch eine nennenswerte Ausgleichsfunktion versehen könnten.“ Diese Beobachtung hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung gemacht (Wochenbericht des Instituts vom 2. 9. 1971): „Schonung des Auftragsbestandes kennzeichnet das der gegenwärtigen Situation aus Unternehmersicht adäquate Bemühen, den Kostenanstieg durch den Abbau progressiver Kostenfaktoren zu mildern und eine künftige günstige Auslastung der Produktionskapazitäten zu sichern.“

Saisonbereinigt hat sich die Produktion jedenfalls in den letzten Monaten dem Verlauf des Auftragseingangs angepaßt, „ein Zeichen für die nun erreichte hohe Abhängigkeit des Outputs von der laufenden Nachfrage“. <sup>2)</sup> Wie es im Monatsbericht 8/1971 des Bundeswirtschafts- und -finanzministeriums zur Wirtschaftslage heißt, pendelte die Industrieproduktion „in den letzten Monaten um das erhöhte Niveau, das sie zu Anfang des Jahres erreicht hatte“. Dabei zeichneten sich von Monat zu Monat recht unterschiedliche Bewegungen ab. Während sich die Produktion im 1. Vierteljahr 1971 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum noch um 3,8 vH verbesserte (2. Halbjahr 1970: 3,7 vH, 1. Halbjahr 1970: 8,8 vH), betrug die Zuwachsrate im 2. Vierteljahr 1971 nur noch 1,7 vH; im Juli 1971 lag sie dann wieder bei 2,4 vH. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften bezeichnete „die Produktionslage der letzten 12 Monate... als Stagnation auf hohem Niveau“. <sup>3)</sup> Der Ausnutzungsgrad der Produktionskapazität ging im Durchschnitt der verarbeitenden Industrie von 88,8 vH im April 1971 auf 86,6 vH im Juli 1971 zurück (Juli 1966: 86 vH).

#### *Zur Zeit reales Wachstum von 2 bis 2,5 vH*

Das Zwischenhoch in den ersten Monaten dieses Jahres kann bei der Volkswirtschaft-

lichen Gesamtrechnung zu irritierenden Ergebnissen führen, falls man nicht genügend differenziert. So war das Brutto sozialprodukt im 1. Halbjahr 1971 *real* (in Preisen von 1962 gerechnet) um knapp 5 vH höher als ein Jahr zuvor. Das ist ein überraschend gutes Ergebnis, zumal nach einer realen Zuwachsrate von nur 4 vH im 2. Halbjahr 1970. Indessen ist die Rate von 5 vH ein Durchschnittswert, der völlig unterschiedliche Ergebnisse in den beiden Quartalen zusammenfaßt. Vor allem infolge des milden Winters betrug die reale Zuwachsrate des Sozialprodukts im 1. Vierteljahr 1971 nämlich nicht weniger als 7,2 vH, während sie sich im 2. Vierteljahr nur noch auf 2,4 vH errechnete. Diese Rate entspricht dem konjunkturellen Trend, und im 2. Halbjahr wird der reale Zuwachs eher 2 vH als 2,5 vH betragen. Nominal — in jeweiligen Preisen gerechnet — wurde im 1. Halbjahr 1971 ein Brutto sozialprodukt von 358 Md. DM erwirtschaftet — 38 Md. DM oder fast 12 vH mehr als im 1. Halbjahr 1970. Das Preisniveau des Sozialprodukts stieg um 6,6 vH.

Die seit einiger Zeit zu beobachtende Entspannung auf dem *Arbeitsmarkt* hat sich fortgesetzt. Während in den Vorjahren die Zahl der Arbeitslosen in den Sommermonaten abnahm und jeweils Ende September ihren Jahrestiefststand erreichte, erhöhte sie sich diesmal im Juli um 6800 und im August um 3900 auf 145 800 Ende August. Das waren 46 400 Arbeitslose mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote betrug Ende August 0,7 vH (0,5 vH bei den Männern und 1 vH bei den Frauen) gegenüber 0,5 vH vor einem Jahr. Gleichzeitig nahm der Arbeitskräftebedarf ab; Ende August 1971 waren mit 693 100 offenen Stellen 159 400 weniger registriert als ein Jahr zuvor.

Der *Außenhandel* in den ersten sieben Monaten 1971 kann noch nicht die seit der Freigabe des D-Mark-Wechselkurses veränderte Lage auf dem Weltmarkt widerspiegeln. Allenfalls könnte der Rückgang der Exportzuwachsrate auf 5 vH im Juli auf das schwieriger gewordene Exportgeschäft hinweisen. Insgesamt wurden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres von der Bundesrepublik Waren im Wert von 78,7 Md. DM ausgeführt und für 70,4 Md. DM eingeführt. Das entsprach einer Zunahme um 11 vH bzw. 12 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum. Der Ausfuhrüberschuß war im Zeitabschnitt Januar/Juli 1971 mit 8,28 Md. DM ebenso hoch wie ein Jahr zuvor.

#### *Steht das Exportgeschäft mit den USA „vor dem Ruin“?*

Das von Präsident Nixon am 15. August verkündete Programm zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Geldentwertung in den

2) Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 2. September 1971.  
3) WWI-Mitteilungen, Heft 8/9—1971.

USA — im Juli gab es dort eine Arbeitslosenquote von 5,8 vH bei einem jährlichen Anstieg der Verbraucherpreise um knapp 6 vH — hat die Exportwirtschaft in der Bundesrepublik stark beunruhigt. Im Mittelpunkt der Besorgnisse stehen zwei Entscheidungen Nixons:

die — wie es heißt: „zeitweilige“ — Aufhebung der amerikanischen Selbstverpflichtung, Dollarguthaben ausländischer Notenbanken jederzeit in Gold zur amtlichen Goldparität von 35 Dollar je Unze Feingold umzutauschen und

die Einführung einer zehnpromzentigen Abgabe auf den weitaus größten Teil der freien keinen Mengenbeschränkungen unterworfenen) Einfuhren in die USA.

Unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Maßnahmen befürchtete das Deutsche Institut, daß unser Exportgeschäft mit den USA „vor dem Ruin“ stehe; die Stellungnahmen der Unternehmerverbände waren ebenfalls sehr pessimistisch. Inzwischen ist die Beurteilung nüchterner geworden. Zweifellos werden einige Branchen und Unternehmen von der zehnpromzentigen Einfuhrabgabe in besonderem Maße betroffen, und insgesamt wird das Ausfuhrgeschäft mit den USA erschwert, zumal die Einfuhrabgabe zu der Belastung hinzutritt, die durch die faktische Aufwertung der D-Mark nach der Freigabe der Wechselkurse entstanden ist — Anfang September machte die de-facto-Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar rund 8 vH aus. Indessen spricht einiges dafür, daß diese Doppelbelastung nicht von allzulanger Dauer sein wird. Denn die Importabgabe ist, wenn man sich an den Wortlaut der Nixon-Rede hält, in erster Linie als ein Druckmittel gedacht, um die wichtigsten Handelspartner der USA zur Aufwertung ihrer Währungen zu bewegen und um für diese Absicht bei den Verhandlungen über die internationale Währungsordnung im Herbst eine gute Position zu haben. Da es sich bei einem erheblichen Teil unseres Exports in die USA um Investitionsgüter handelt, die längerfristig bestellt werden, ist es fraglich, ob die Importabgabe, falls sie nur kurze Zeit und nicht länger als ein Jahr gilt, das Exportgeschäft in nennenswertem Umfang beeinträchtigen wird. Gleiches gilt für die Spezialanfertigungen, die einen bedeutenden Teil unseres Exports in die USA ausmachen. Etwa ein Zehntel der Exportgüter sind überhaupt von der Abgabe befreit.

Schließlich sind rund 40 vH unseres Exports in die USA Kraftfahrzeuge; für die die Einfuhrabgabe nur 6,5 vH beträgt, da der Satz von 10 vH mit einer bisher geltenden Abgabe von 3,5 vH verrechnet wird. Da Nixon andererseits die siebenpromzentige Kaufsteuer auf Kraftfahrzeuge aufheben will, werden die eingeführten Kraftfahrzeuge per saldo sogar noch geringfügig entlastet. Allerdings werden amerikanische Automobile erheblich stärker —

eben um 7 vH — entlastet. Jedoch führen wir in die USA vorwiegend Kleinwagen (VW) ein, die dort wenig Konkurrenz haben; wer einen Kleinwagen kaufen will, für den sind Preis-senkungen bei großen Wagen uninteressant.

Auf den Export in die USA entfällt rund ein Zehntel unserer gesamten Ausfuhr. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat (in seinem Wochenbericht vom 2. 9. 1971) errechnet, daß selbst im ungünstigsten Fall durch die zehnpromzentige Importabgabe ein Ausfall der für den Export in die USA benötigten Produktion in Höhe von 3,9 vH und der gesamten Industrieproduktion in Höhe von 0,1 vH entstehen könnte. Übereinstimmend sehen jedenfalls alle namhaften Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bundesrepublik keinen Anlaß, die Entscheidungen Nixons in ihren Auswirkungen zu dramatisieren. Sie haben diese Maßnahmen zur Zeit eher als einen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur bei uns betrachtet.

Stärker als von der USA-Importabgabe wurde die westdeutsche Exportwirtschaft von der Aufwertungswirkung der Freigabe des D-Mark-Wechselkurses Anfang Mai 1971 betroffen. Nachdem allerdings inzwischen eine Reihe anderer Länder dem Beispiel der Bundesrepublik gefolgt sind und die Wechselkurse ihrer Währungen ebenfalls freigegeben haben, was praktisch einer Aufwertung gegenüber dem Dollar gleichkommt, hat sich der Aufwertungsdruck auf die Exportwirtschaft vermindert. Die Bundesbank berücksichtigt in einer für jeden Börsentag fortgeführten Berechnung die tatsächlichen Kursveränderungen in den anderen Ländern. Gegenüber den 15 wichtigsten Außenhandelspartnern der Bundesrepublik, auf die rund drei Viertel des deutschen Außenhandels entfällt, hat sich z. B. am 6. September ein Aufwertungseffekt von 5 vH ergeben, während die D-Mark gegenüber dem Dollar um faktisch 8 vH aufgewertet worden ist. Gegenüber dem japanischen Yen macht die faktische Aufwertung nur 1,7 vH aus, gegenüber dem Schweizer Franken ist die D-Mark sogar etwas — um 1,5 vH — abgewertet.

#### *Reform des Weltwährungssystems vonnöten*

Worauf es jetzt ankommt, das ist eine baldige Neuordnung des Währungssystems der westlichen Welt, um die Währungsunsicherheit im Welthandel zu beseitigen. Als erstes ist eine Neubewertung aller wichtigen Währungen auf einer realistischen Grundlage erforderlich. Daneben sollte eine größere Beweglichkeit der Wechselkurse, die eine raschere Anpassung an Ungleichgewichte der Zahlungsbilanzen ermöglicht, zu den Zielen einer Reform des Weltwährungssystems gehören (größere Bandbreite,

befristete Wechselkursfreigabe usw.). Die Kontrolle des Eurodollarmarktes sollte ein weiteres Thema sein.

Die 1944 in dem amerikanischen Städtchen Bretton Woods beschlossene Weltwährungsordnung hat zwar zu einer enormen Expansion des Welthandels und zu einer starken Verflechtung der Handelsnationen geführt. Die Schwächen des Systems machten sich jedoch zuletzt immer deutlicher bemerkbar. Sie beruhen im wesentlichen auf den beiden Hauptelementen der Ordnung von Bretton Woods: der *Ausrichtung der Wechselkurse am Dollar*, der in Gold einlösbar war, und dem *Prinzip fester Wechselkurse*. Als die USA international zahlungsunfähig wurden — die Dollarguthaben ausländischer Notenbanken nicht mehr in Gold umtauschen konnten —, mußte diese Ordnung versagen, und sie konnte nicht mehr funktionieren, nachdem um 1960 herum auch im Kapitalverkehr die freie Umtauschbarkeit der Währungen eingeführt wurde, obwohl die Staaten weiterhin eine selbständige, mitunter gegensätzliche Konjunktur- und Geldpolitik betrieben.

Nicht nur Unterschiede in den Preisentwicklungen der einzelnen Länder, sondern auch jede größere konjunkturpolitisch motivierte Differenz in den Zinssätzen zwischen den USA und Europa konnte dadurch zu großen internationalen Währungsschwierigkeiten führen. So war die Freigabe des DM-Wechselkurses Anfang Mai zunächst eine Abwehrmaßnahme gegen die in die Bundesrepublik hereinströmenden Dollarmilliarden, und dieser Dollarstrom war in erster Linie die Folge gegensätzlicher Konjunkturpolitik bei uns und in den USA. Während dort zur Wirtschaftsbelebung eine Politik des billigen Geldes betrieben wurde — und wird —, hatte die Bundesbank, um die Konjunktur zu dämpfen und die Geldmenge einzuschränken, den Diskontsatz — und damit das gesamte Zinsniveau — auf eine Höhe gebracht wie nie zuvor. Die Hochzinspolitik der Bundesbank lockte jedoch das billigere Auslandsgeld an und führte zur gegenteiligen Wirkung. Erst die Wechselkursfreigabe führte zur außenwirtschaftlichen Absicherung der auf Dämpfung des Preisauftriebs gerichteten Politik.

#### *Preisentwicklung noch unbefriedigend*

Dennoch ist die Preisentwicklung immer noch unbefriedigend. Sowohl im Juli als auch im August 1971 war der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte jeweils um 5,4 vH höher als ein Jahr zuvor. Das ist die bisher höchste Teuerungsrate. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß der Jahresvergleich die Entwicklung nicht richtig wiedergibt. Er verdeckt, daß sich das Tempo der Preissteigerungen vom Winter 1970/71 bis

zum August 1971 erheblich abgeschwächt hat. Vom Juli bis zum August stieg der Preisindex z. B. nur noch um 0,1 vH, während der Anstieg vom Dezember 1970 bis zum Januar 1971 rund 1 vH betrug. Damals schlug der Anstieg des Erzeugerpreisniveaus mit einer erheblichen Verzögerung voll auf die Verbraucherpreise durch. Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise hatte seinen Höhepunkt im 2. Vierteljahr 1970 mit 6,4 vH; seitdem ist er auf 5 vH im Juli 1971 zurückgegangen. Die Großhandelspreise wiesen die höchste Steigerung mit 6,6 vH im 3. Vierteljahr 1970 auf; im August 1971 machte der Anstieg 4,1 vH aus. Es ist damit zu rechnen, daß gegen Ende dieses Jahres auch die Jahressteigerungsrate der Verbraucherpreise sinken wird.

Ein schwacher Trost ist, daß die Preissteigerungen zur Zeit weltweit sind und daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich noch gut abschneidet. Von zehn bedeutenden westlichen Industrieländern war der Preisauftrieb von Mitte 1970 bis Mitte 1971 nur in Belgien und in den USA geringer als in der Bundesrepublik; am stärksten stiegen die Preise in Großbritannien mit 10,3 vH — bei einer Arbeitslosenquote von 3,4 vH.

#### *Kein Patentrezept gegen weltweiten Preisauftrieb*

Es ist hier nicht der Platz, um auf die Ursachen des weltweiten Anstiegs der Preise — zum Teil im Gegensatz zu den Lehrbuchmeinungen trotz beachtlicher Arbeitslosigkeit — einzugehen. Soviel sollte aber doch angemerkt werden, daß es kein Patentrezept gegen die sogenannte schleichende Geldentwertung gibt. Auch die CDU/CSU-Opposition hat keines; bisher konnte sie keine erfolgversprechende Alternative vorweisen. Ein Vergleich mit der Zeit zu Beginn der 30er Jahre ist vielleicht nicht abwegig. Damals wußte weder die Wirtschaftspolitik noch die Wissenschaft, wie eine Massenarbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen ist. Erst die Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise und die theoretischen Grundlagen von *Keynes* versetzten die Wirtschaftspolitik in die Lage, mit Hilfe der Kredit- und Finanzpolitik Vollbeschäftigung zu erreichen und zu sichern. Heute ist die schleichende Geldentwertung das große Problem, das Wissenschaft und Politik noch nicht in den Griff bekommen haben. Aufrichtig schreibt der amerikanische Nationalökonom und Nobelpreisträger *Paul A. Samuelson* in einem Essay, „Inflation — der Preis des Wohlstands“, für den „Spiegel“ (Nr. 35/1971): „Ein guter Wissenschaftler muß seine Unkenntnis zugeben können. Gewisse Krebsarten sind beim augenblicklichen Erkenntnisstand unheilbar. Die besten Ärzte behaupten nichts anderes.“

Am Schluß seines Essays beneidet Samuelson die Bundesrepublik um die hier geführte vernünftige Lohnpolitik — „Bedenkt euer Glück!“ heißt dazu der letzte Satz. Es wäre für eine sachliche Information und Auseinandersetzung — beispielsweise in der Metall-Tariffrage — gewiß nützlich, wenn Bericht-erstatte und Kommentatoren von dieser Stellungnahme eines international anerkannten Wirtschaftswissenschaftlers Kenntnis nehmen würden. Tatsächlich tun die deutschen Gewerkschaften nichts anderes, als daß sie für die Arbeitnehmer die Lohnerhöhungen durchsetzen, die die Marktlage zuläßt, wie sich nicht zuletzt an der Effektivlohnentwicklung nachweisen läßt. Dies entspricht völlig den Gesetzen der Marktwirtschaft.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik hat sich niemals von den Gegebenheiten der wirtschaftlichen Entwicklung gelöst. Wenn in diesem Jahr die Löhne nicht mehr so stark steigen wie 1970, dann vor allem aus Einsicht der Gewerkschaften in die veränderte Konjunktur und Marktlage. Bis zum August 1971 konnten die DGB-Gewerkschaften für 10,8 Millionen Arbeitnehmer tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhungen vereinbaren. Die Steigerungssätze betragen im 1. Vierteljahr 1971 durchschnittlich 9 vH, im 2. Vierteljahr 8,9 vH, im Juli 7,9 vH und im August 8,4 vH. Die veränderte Lage ist auch daran zu erkennen, daß die Lohndrift (der Abstand in den Zuwachsraten von Tarif- und Effektivlöhnen) verschwunden ist. Die Lohnkosten geben keinen Grund für Preiserhöhungen.

*Günter Pehl*